



Beschäftigung:
Das niederländische
Jobwunder.
Seite 4



FERRUM-Interview:
Spielraum für Neuein-
stellungen nötig.
Seite 6



Pendlerpauschale:
Fast jeder Zweite
zahlt drauf.
Seite 10

NR. 3 MÄRZ 2007 D 5838

PFALZMETALL
FERRUM 

 **Arbeitsamt**

M+E-Arbeitsmarkt

**Freie Stellen –
Höchststand seit 1991**

Editorial	
Exportweltmeister	Seite 2
Blickpunkt	Seite 3
Beschäftigungsaufbau	
Das niederländische	
Jobwunder	Seite 4
Arbeitsmarkt	
100.000 freie M+E-Stellen –	
höchster Wert seit 1991	



Recht schnell stellen unternehmensorientierte Dienstleister wie Wirtschaftsprüfer, Rechtsberater, Gebäudereiniger und Zeitarbeitsfirmen neue Mitarbeiter ein. Nachzügler ist auf den ersten Blick die M+E-Industrie **Seite 5**

FERRUM PFALZMETALL – Interview



Die IG-Metall hat die Tarifmaschine angeworfen. Auf 6,5 Prozent steht die Forderung auch für die Beschäftigten in der M+E-Industrie der Pfalz. FERRUM sprach über die anstehende Tarifrunde mit PfalzMetall-Verhandlungsführer Dr. Eduard Kulenkamp. **Seite 6**

Pendlerpauschale
Knapp jeder zweite zahlt drauf **Seite 10**

Historische Geschichte(n)
150 Jahre frisch auf den Tisch **Seite 11**

Export weltmeister

Exportweltmeister, Rekordüberschuss in der Handelsbilanz und was sonst noch so an Superlativen zu holen ist, um die Wirtschaftslage zu beschreiben.

Mancher liest daraus, dass Deutschland in der Globalisierung seine Punkte nur auf Kosten anderer macht.

Das freilich ist ein Zerrbild der Wirklichkeit. Denn wie der Kauf eines Brotes dem Kunden und dem Bäcker nutzt, ist auch der internationale Handel ein Geschäft auf Gegenseitigkeit.

Das gilt auch für deutsche Maschinen, die beispielsweise nach Korea geliefert werden. Den Deutschen wiederum nutzt es, wenn koreanische Unternehmen preiswerte Unterhaltungselektronik liefern.

Abgesehen davon können sich die Deutschen über die hervorragenden Exportzahlen freuen. Der Anschlag aus dem Ausland war und ist die

Hauptstütze des derzeitigen Aufschwungs.

Allerdings hat der rasante Exportzuwachs auch seinen Grund darin, dass die hiesigen Unternehmen es geschafft haben, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Anders gesagt, wenn die Aufträge an andere gehen, weil bei deutschen Produkten die internationalen Preisrelationen nicht mehr stimmen, nutzt die beste Weltkonjunktur nichts. Dann ist auch der jetzige Frühling am Arbeitsmarkt schon wieder vorbei.

Diese Betrachtung nach innen ist wichtiger als der Blick auf den Titel als Exportweltmeister,

meint
Ihr
Jürgen Fielstette

IG METALL-FORDERUNG

Für PfalzMetall fernab jeder Realität



PfalzMetall-Verhandlungsführer Dr. Eduard Kulenkamp: „IG Metall-Forderung von 6,5 Prozent ist fernab jeder Realität.“

Die IG Metall-Forderung nach einer Entgelterhöhung von 6,5 Prozent für die Tarifgebiete von M+E-Mitte ist fernab jeder Realität.“ So PfalzMetall-Verhandlungsführer Dr. Eduard Kulenkamp in einer ersten Reaktion.

Kulenkamp sagte weiter, eine auch nur annähernde Umsetzung dieser Forderung ginge massiv zu Lasten von Aufschwung und Arbeitsplätzen. Er verwies darauf, dass 65 Prozent der M+E-Produkte außerhalb Deutschlands vermarktet würden. Die wieder hart erarbeitete Konkurrenzfähigkeit werde mit der aktuellen IG Metall-Forderung schlicht aufs Spiel gesetzt.

„Wenn die Aufträge an andere gehen, weil unsere internationalen Preisrelationen nicht mehr stimmen, nutzt uns die beste Weltkonjunktur nichts“, sagte Kulenkamp. Damit sei dann auch der Frühling am Arbeitsmarkt vorbei.

Die M+E-Industrie der Region plädiere deshalb für eine Tarifrunde mit Augenmaß, die Spielräume für Neueinstellungen lasse und den eben angesprochenen Beschäftigungsaufbau nicht wieder abwürge.

Bei dem sich rasch veränderten Auf und Ab der Branchen- sowie Firmenkonzunkturen dürften konjunkturelle Sondereinflüsse nicht zu einem dauerhaften tabellenwirksamen Sprung der Entgelthöhen führen. Es gebe andere Wege, die Mitarbeiter an einer guten Konjunktur zu beteiligen, wie beispielsweise mit einem betriebsbezogenen Konjunk-

turbonus wie im Abschluss von 2006.

„Eine solche Regelung ist zum einen gut für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Zum andern dient sie gleichzeitig den Zielen, die Arbeitsplätze zu sichern sowie Spielräume für Neueinstellungen zu schaffen“, sagte Kulenkamp abschließend.

Der Verhandlungsgemeinschaft M+E-Mitte gehören die Tarifgebiete Pfalz, Hessen, Rheinland-Rheinessen und Saarland mit insgesamt 410.000 Beschäftigten an. Die erste Verhandlungsrunde für M+E-Mitte ist für den 14. März terminiert.



Auch in der anstehenden Tarifrunde, rote Fahnen wieder als Zeichen für Kampfbereitschaft? Die M+E-Industrie der Pfalz plädiert vielmehr für eine Tarifrunde mit Augenmaß, die insbesondere Spielräume für Neueinstellungen lässt.

Fotos: Fielstette

Das niederländische Jobwunder



Die niederländischen Nachbarn sind nicht nur beispielsweise wegen der Amsterdamer Grachten eine Reise wert. Das Gleiche gilt auch für den Weg, mit dem die deutschen Nachbarn in den vergangenen 25 Jahren schon zweimal ein Jobwunder schafften.

Auslöser war die niederländische Rekordarbeitslosigkeit von 11,5 Prozent im Herbst des Jahres 1982. Regierung und Sozialpartner einigten sich, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der kleinen Volkswirtschaft durch mehrere Maßnahmen zu verbessern.

Die Gewerkschaften versprachen, sich bei den Lohnforderungen zu mäßigen. Bald kamen die ersten Erfolge. Der Export zog an. Ausländische Unternehmen entdeckten die Niederlande als attraktiven Standort. Dementsprechend wuchs die Wirtschaft bis Ende der neunziger Jahre im Jahresdurchschnitt real um drei Prozent.

Die Arbeitgeber machten ihrem Namen alle Ehre und schufen im Zuge der Lohnzurückhaltung Jobs, Jobs, Jobs. Zu einem (kleineren) Teil auch, indem sie Arbeitsplätze aufteilten – allerdings ohne jeglichen Lohnausgleich.

Die Mäßigung bei den Entgelten und die Teilzeittätigkeit hatten durchschlagenden Erfolg: Die Arbeitslosenquote halbierte sich in nicht einmal zehn Jahren auf rund fünf Prozent im Jahr 1992. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends herrschte im Land der Polder sogar ein ausgesprochener Fachkräftemangel.

Lohnpolitischer Rückschlag. Wegen des Arbeitskräftemangels schossen die Löhne ins Kraut. Nominal stiegen die Lohnstückkosten zwischen 2000 und 2002 um insgesamt 15,5 Prozent. Was hinter den Deichen ging, den Kostenschub per Preis an die Konsumenten weiterzugeben, funktionierte allerdings nicht auf den Auslandsmärkten. Die in-

ternationale Wettbewerbsfähigkeit litt enorm.

Wiederbelebt wurde daraufhin das Wassenaar-Abkommen: Regierung und Sozialpartner einigten sich im Herbst 2003 auf einen zweijährigen Lohnstopp, um die Arbeitskosten wieder ins Lot zu bringen. Tatsächlich scheint sich die Lohnzurückhaltung ein weiteres Mal auszuzahlen. Denn die Europäische Kommission rechnet auch für dieses Jahr – wie schon in 2006 – mit einem Wachstumsplus von 2,6 Prozent für die niederländische Wirtschaft. Auch das Ausfuhrgeschäft floriert. Im vergangenen Jahr betrug die niederländische Exportquote fast 76 Prozent.

Das Erfolgsrezept von Wassenaar räumt auch mit dem Vorurteil auf, dass Lohnzurückhaltung den Binnenmarkt schwächt. Im Gegenteil. Die steigende Erwerbstätigkeit sorgte dafür, dass der private Konsum zulegte – in den späten Neunzigern sogar um mehr als vier Prozent.

Foto: PixelQuelle.de

Freie Stellen – Höchststand seit 1991



Mit dem angesprungenen Wirtschaftsmotor haben auch Stellenanzeigen wieder Konjunktur. Allein bei der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit sind knapp 100.000 freie Stellen in den M+E-Berufen gemeldet.

Die Konjunktur ist zwar angesprungen. Doch in der Arbeitsmarkt-Statistik macht sich das üblicherweise erst mit einer Verzögerung von gut einem halben Jahr bemerkbar.

Recht schnell stellen zwar unternehmerorientierte Dienstleister wie Wirtschaftsprüfer, Rechtsberater, Gebäudereiniger und Zeitarbeitsfirmen neue Mitarbeiter ein – vom dritten Quartal 2005 auf das dritte Quartal 2006 um 225.000 Stellen.

Nachzügler sind in dieser Hinsicht auf den ersten Blick Wirtschaftsbranchen wie die M+E-Industrie. Denn der Beschäftigungsaufbau läuft hier nach einem anderen Muster ab und ist statistisch deshalb nicht so einfach zu erfassen.

Outsourcing. Industrieunternehmen lassen mittlerweile viele Dienstleistungstätigkeiten, die sie früher noch selbst erbracht haben, von Spezialisten

erledigen. Wenn die Konjunktur anzieht, kauft man solche Leistungen wie z. B. EDV-Lösungen eher von anderen Unternehmen dazu – etwa von IT Systemhäusern. In diesem Fall entsteht der Arbeitskräftebedarf zwar in der Industrie. Der Zuwachs an Beschäftigung wird aber im Sektorservice verbucht.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Minijobs und Co. haben in der deutschen Industrie eher Seltenheitswert. Im Dienstleistungssektor sind sie jedoch gang und gäbe. Beispielsweise haben in der Öffentlichen Verwaltung 16 Prozent der Mitarbeiter einen befristeten Arbeitsvertrag. Auch der Teilzeitanteil ist in der Industrie mit 11 Prozent weitaus niedriger als im Handel. Hier sind 36 Prozent der Beschäftigten Teilzeiter.

Zeitarbeitnehmer. Wenn Firmen nicht wissen, wie sie plötzliche Auftragspitzen bewältigen sollen, helfen sie sich in vielen Fällen erst einmal mit Zeitarbeitnehmern. Diese Jobs aber werden zum Dienstleistungsbereich ge-

zählt. So waren Ende Juni 2006 in den Metallberufen rund 30.000 Zeitarbeitnehmer mehr beschäftigt als vor Jahresfrist.

Das klingt zwar nach rasanter Zunahme. Aber tatsächlich sind nur etwa drei Prozent der über drei Millionen M+E-Mitarbeiter so genannte Leiharbeiter.

Gebremst verläuft der Beschäftigungsaufbau in den M+E-Branchen noch aus einem ganz anderen Grund. Die Metall- und Elektro-Industrie braucht in vielen Bereichen hoch spezialisierte Mitarbeiter, die der Arbeitsmarkt aber in bestimmten Phasen und in einzelnen Regionen nicht mehr bieten kann.

Gegenwärtig sind der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit knapp 100.000 freie Stellen in den M+E-Berufen gemeldet – das ist der höchste Wert seit 1991. Dazu sagte aber die Bundesagentur gleichzeitig, dass ihr nur etwa die Hälfte der freien Stellen bekannt ist.

Foto: PixelQuelle.de

Spielraum für Neueinstellungen lassen



PfalzMetall-Verhandlungsführer Dr. Eduard Kulenkamp: „Wenn in Deutschland die Tarifentgelte um 1 Prozent steigen, müssen sie sich allein schon in Portugal um das Vierfache, in Polen sogar um mehr als das Siebenfache erhöhen, damit wir vergleichbar wettbewerbsfähig bleiben.“

Die IG Metall hat die Tarifmaschine angeworfen. Auf 6,5 Prozent steht die Forderung auch für die Beschäftigten in der M+E-Industrie der Pfalz. „Vom Profit müssen alle profitieren“ ist eine der begleitenden Kernaussagen aus der Gewerkschaftszentrale. FERRUM sprach über die anstehende Tarifrunde mit PfalzMetall-Verhandlungsführer Dr. Eduard Kulenkamp.

FERRUM: Herr Dr. Kulenkamp, Sie bezeichneten in einer ersten Reaktion die 6,5-Prozent-Forderung als fernab jeder Realität. Dabei bestätigte das Statisti-

sche Bundesamt vor wenigen Wochen, dass die Tariferhöhungen im vergangenen Jahr im Schnitt nicht einmal die Realeinkommen gesichert haben. Da darf es wohl auch mal wieder etwas mehr sein?

KULENKAMP: Mit der gefühlten statistischen durchschnittlichen Ebbe im Portemonnaie ist das so eine Sache. Denn zum einen haben die Statistiker des Bundesamtes Zulagen, Zuschläge und andere Sonderzahlungen nicht berücksichtigt, die den Beschäftigten den einen oder anderen zusätzlichen Euro-Schein auf das Konto spülten. Nicht zu vergessen, im Gegensatz zu vielen an-

deren Branchen führen die M+E-Mitarbeiter mit 2006 eine dreiprozentige Lohnerhöhung ein, damit eine deutliche Reallohnsteigerung bei einer Inflationsrate von 1,7 Prozent. Außerdem gehören sie nach wie vor zu den bestbezahlten Fachkräften der Welt – mit den kürzesten tariflichen Arbeitszeiten.

FERRUM: Nun ist Deutschland wieder Exportweltmeister geworden. Dazu haben die Mitarbeiter mit ihrer Produktivität doch auch ein Stück beigetragen. Das müsste doch ausreichen, nicht ein weiteres Jahr des Verzichts einzuläuten.

KULENKAMP: Wir leben nicht von der Statistikgröße als Exportweltmeister. Auch keines der M+E-Unternehmen in der Pfalz lässt sich allein vom deutschen Markt über Wasser halten. Unsere Unternehmen stehen deshalb im weltweiten Wettbewerb – von der Automobilindustrie bis zum Maschinenbau. Entscheidend ist dabei zum großen Teil, dass die internationalen Preisrelationen stimmen. Wenn in Deutschland die Tarifentgelte um 1 Prozent steigen, müssen sie sich allein schon in Portugal um das Vierfache, in Polen sogar um mehr als das Siebenfache erhöhen, damit wir vergleichbar wettbewerbsfähig bleiben. Die alte Lohnformel „Produktivitätszuwachs plus Inflationsrate ergibt den Verteilungsspielraum“ hat in Zeiten des weltweiten Wettbewerbs keine Gültigkeit mehr. Denn der mit der höheren Produktivität erzielte Wettbewerbsvorsprung kann jederzeit in der harten internationalen Lohnkonkurrenz wieder verloren gehen. Damit ist dann zugleich der derzeitige erste Frühling am Arbeitsmarkt auch schon wieder vorbei.

FERRUM: Heißt das, dass auch nur eine annähernde Umsetzung der IG Metall-Forderung massiv zu Lasten von Aufschwung und Arbeitsplätzen geht?

KULENKAMP: Das ist richtig. Bundesweit sind 2006 in der M+E-Industrie in



Die Beschäftigten profitieren deutlich von den sinkenden Lohnzusatzkosten. Allein die niedrigeren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch steigende Beschäftigtenzahlen sind ein externes Kostensenkungsprogramm, das jedem rheinland-pfälzischen Arbeitnehmer in diesem Jahr 317 Euro mehr im Portemonnaie lässt.

den acht Monaten von April bis Dezember im Schnitt pro Monat 4000 neue Jobs entstanden. In Rheinland-Pfalz waren es beispielsweise in meiner Branche – dem Maschinenbau – bereits bis November 2006 rund 220 neue Stellen. Und das vor dem Hintergrund, dass das Lohn-Niveau in Deutschland gegenwärtig rund 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt liegt. Es gibt also überhaupt keinen Grund, den Betrieben in diesem Jahr einen größeren Zuwachs bei den Lohnkosten aufzubürden als in dem außergewöhnlichen Konjunktur-Jahr 2006.

FERRUM: Am Ende jeder Lohnrunde steht eine Zahl. Welche könnte sich die M+E-Industrie der Pfalz vorstellen?

KULENKAMP: Wir sind jetzt erst am Anfang der Tarifrunde und noch nicht beim Abschluss. Aber ein Ergebnis dieser Lohnrunde sollte es sein, dass die Tarifpolitik Spielräume für Neueinstellungen lässt. Denn die endlich gewachsene Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist nämlich ein wirkungsvolles externes Kostensenkungsprogramm, das bei den Beschäftigten für mehr verfügbares Einkommen sorgt – u.a. durch die gesenkten Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Denn mehr Beschäftigte bedeuten zugleich mehr Beitragszahler für die sozialen Sicherungssysteme und damit weniger Beitragsbelastung bei dem einzelnen Mitarbeiter. Genau deshalb müsste auch diese Lohnrunde dafür sorgen, dass die Tarifpolitik Spielräume

für Neueinstellungen lässt und sich außerdem so die Schere zwischen brutto und netto ein klein wenig schließen lässt. Hinzukommt, die einzig sachgerechte Antwort auf die dauerhaft veränderte weltweite Wettbewerbssituation ist aus Sicht der Arbeitgeber eine Lohnpolitik, die mit einem differenzierten Konjunkturbonus auf die unterschiedliche Wirtschaftskraft der jeweiligen Unternehmen eingeht. Das ist die Chance, mitten im Aufschwung tarifpolitisch Vorsorge für die nächste Konjunkturdelle – die mit Sicherheit kommt – zu treffen.

FERRUM: Herr Dr. Kulenkamp, herzlichen Dank für das Gespräch.

Fotos: Fielstette, DaimlerChrysler

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Abstellgleis – Sozialer Arbeitsmarkt



Für IVN-Präsident Dr. Eduard Kulenkamp ist der so genannte soziale Arbeitsmarkt nicht die Lösung für die Langzeitarbeitslosigkeit, sondern die Kapitulation vor diesem Problem.

Die Tarifpolitik muss immer auch die Standortsicherung im Blick haben – überzogene Forderungen können schnell zu internationalen Wettbewerbsnachteilen führen. Das wirkt sich dann unmittelbar auf die Arbeitsplätze aus.“

So kürzlich im Rahmen der Bad Dürkheimer Gespräche der Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße (IVN), IVN-Präsident Dr. Eduard Kulenkamp.

Vor mehr als 1000 Zuhörern aus Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben meinte Kulenkamp weiter, die aktuelle positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfe nicht durch überzogene Lohnforderungen gefährdet werden. Denn die beste Kaufkraft-Steigerung sei eine deutliche Zunahme der Beschäftigung.

Mehr Beschäftigte bedeuten zugleich mehr Beitragszahler für die sozialen Sicherungssysteme. Das wiederum führe zu sinkenden Beiträgen so-

wohl für Betriebe als auch für die Beschäftigten. Diesen bliebe so ein größeres verfügbares Einkommen. „In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit kann es keine andere sozialverantwortliche Alternative geben, als das Schaffen von Arbeitsplätzen. Hier muss die Priorität liegen“, sagte der IVN-Präsident.

Kulenkamp warnte deswegen auch vor einer Kapitulation der Politik vor der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen.

Überlegungen, diese Menschen in einem so genannten „sozialen Arbeitsmarkt“ dauerhaft zu parken, lehnt er ab.

„Ein dritter Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose wäre die Fortsetzung einer falschen Arbeitsmarktpolitik mit der Gießkanne“, betonte der IVN-Präsident. Bei dem aktuell diskutierten Modell, nach dem Langzeitarbeitslose etwa in gemeinnützigen Tätigkeitsfeldern eingesetzt werden sollten, helfe „diese Form eines bezahlten Ehrenamtes“ jedoch nicht weiter.

Ohne Zweifel sei die Lösung des Problems der Langzeitarbeitslosen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehörte nach Kulenkamp eine offene Debatte über die Grenzen der Erwerbsfähigkeit ebenso, wie über die Anforderungen, die der Sozialstaat an die entsprechenden Leistungsempfänger stelle.

„Ein dritter Arbeitsmarkt ist auch deswegen abzulehnen, weil er deutlich macht, dass der Staat für eine bestimmte Gruppe seine Vermittlungsbemühungen eingestellt hat, statt das notwendige Prinzip des Förderns und Forderns konsequent weiterzuverfolgen“, so Kulenkamp abschließend.

Ulrich Tilgner, Leiter des ZDF-Büros in Teheran und Sonderkorrespon-

dent für den Nahen und Mittleren Osten, nutzte die Bad Dürkheimer Gespräche für eine Beleuchtung der Krisenregionen Afghanistan, Irak und Iran aus einem anderen Blickwinkel als der Berichterstattung in den Tagesnachrichten. Was Afghanistan angehe, hätten sich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung trotz der Milliarden an Hilfsgeldern nicht verbessert.

Der faktische Bürgerkrieg im Irak lasse sich auch mit zusätzlichen Soldaten nicht beenden. In diesem Konflikt gehe es zudem um kulturelle Probleme, die nicht gesehen und verstanden würden.



Ulrich Tilgner, Leiter des ZDF-Büros in Teheran erläuterte u. a. Hintergründe der Konflikte in Afghanistan und im Irak. Fotos: Fielstette

So bestimme die alte Beduinenkultur der Wüste. Sie sei ein reines Stammesrecht und damit auch anders als das islamische Recht. Wer als Ausländer ungebeten das Haus eines Irakers betrete, der eröffne die Feindseligkeiten. „Dabei gilt dann die Auseinandersetzung nicht der jeweiligen Person, sondern dem gesamten Stamm, dem diese Person angehört“, so Tilgner. Dazu passe, dass die Führer des Al Qaida-Terrornetzwerkes u. a. das Internet nutzten, um das alte Beduinenrecht der Wüste zu verbreiten und für ihre Zwecke zu nutzen.

AUSZEICHNUNG

Bundesverdienstkreuz für PfalzMetall-Schatzmeister



Wirtschaftsminister Hendrik Hering (lks.) überreichte PfalzMetall-Schatzmeister Wilfried J. Ehrlich für dessen Engagement im sozialen und gesellschaftlichen Bereich die hohe Auszeichnung. Foto: Opel

schiedenen technischen sowie betriebswirtschaftlichen Funktionen bei Opel, zuletzt von 2001 bis 2006 als Werkdirektor des für Presswerkzeuge und Fahrzeugkomponenten zuständigen Kaiserslauterer Opel-Standortes mit seinen rund 2.500 Mitarbeitern.

Ehrlichs ehrenamtliches Einbringen reicht u.a. von der Richtertätigkeit am Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz über sein Engagement als Vorstandsmitglied und Schatzmeister von PfalzMetall bis hin zu den Aufgaben als Kuratoriumsmitglied der Technischen Universität Kaiserslautern und der Fachhochschule Kaiserslautern. Darüber hinaus ist Ehrlich in der Berufsgenossenschaft Metall Süd alternierender Vorstandsvorsitzender.

PfalzMetall-Schatzmeister Wilfried J. Ehrlich wurde kürzlich in Mainz mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Wirtschaftsminister Hendrik Hering überreichte dem ehemaligen Kaiserslauterer Opel-Werkdirektor die hohe Auszeichnung,

mit der Ehrlichs Engagement im sozialen und gesellschaftlichen Bereich gewürdigt wurde.

Wilfried Jürgen Ehrlich begann seinen beruflichen Werdegang 1965 mit einer Ausbildung zum Maschinen Schlosser. Seit 1976 arbeitete er in ver-

DATUM

Vor 45 Jahren Baubeginn für das Wörther Mercedes-Werk



Jeder zweite in Deutschland zugelassene Lkw ist ein Mercedes-Benz aus Wörth. Aus dem Pfälzer DaimlerChrysler-Standort werden Nutzfahrzeuge in mehr als 150 Länder der Welt exportiert. Das Wörther Lkw-Werk zählt heute rund 10.000 Mitarbeiter. Foto: DaimlerChrysler

Das Werk Wörth der DaimlerChrysler AG ist seit Jahrzehnten das größte Lkw-Montagewerk der Welt. Gefallen war die Entscheidung für den Standort Wörth im Jahr 1960. Im Februar 1962 wird mit dem Bau des Werkes begonnen und im Herbst des darauf

folgenden Jahres beginnt in Wörth die Produktion erster Fahrerhaus-Rohbauten für die Mercedes-Werke in Mannheim und Gaggenau. Nachdem fest steht, dass das pfälzische Lkw-Werk zum zentralen Mercedes-Nutzfahrzeug-Werk heranwachsen soll, rollt

1965 der erste komplette Lastwagen in Wörth vom Band. Glanzstück des Werkes ist die 750 Meter lange und 50 Meter breite Montagehalle. Inzwischen ist sie auf 1000 Meter Länge erweitert und zählt somit nach wie vor zu den größten Fahrzeug-Montagehallen der Welt.

Knapp jeder zweite zahlt drauf

Entfernungspauschale: Nicht alle spüren die Kürzung

Bevor die Kilometerpauschale greift, werden Fahrtkosten über den allgemeinen Arbeitnehmerpauschbetrag von 920 Euro im Jahr verrechnet. Die Neuregelung der Pendlerpauschale belastet dadurch Arbeitnehmer, die weniger als 14 Kilometer fahren, nicht zusätzlich.

Steuermehrbelastung pro Jahr in Euro

Entfernungskilometer	0	10	13	14	15	16	17	18	19	20	25	30	34	35
Verheirateter Arbeitnehmer, zwei Kinder, Durchschnittseinkommen 27.500 Euro, 20,5 Prozent Grenzsteuersatz	0	0	0	1	14	28	41	55	68	82	150	217	271	271
Single, Einkommen 52.152 Euro, 44,31 Prozent Grenzsteuersatz	0	0	0	2	31	60	90	119	148	177	323	470	585	585

Single einschließlich Solidaritätszuschlag
Quelle: IW-Berechnung



© 3/2007 Deutscher Instituts-Verlag

iwd-Informationdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 3/2007

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Mehr ist weniger. Das gilt seit Jahresanfang für die Pendlerpauschale. Denn mit der neuen steuerlichen Bemessungsgrundlage für die Fahrt zum Arbeitsplatz zählt der Tacho erst ab Kilometer 21 und macht zudem lange Anfahrtswege richtig teuer.

Die Änderungen bei der Kilometerpauschale machen sich bei jedem zweiten Pendler finanziell bemerkbar: Sie zahlen drauf – im Einzelfall bis zu 585 Euro im Jahr. Und das ist kein Wunder: Möchte der Staat doch mit seiner jüngsten Änderung in diesem Bereich 2,5 Milliarden Euro mehr in seine Kassen spülen.

Seit Jahresbeginn sind die Fahrtkosten zur Arbeit erst ab dem 21. Entfernungskilometer steuerlich absetzbar. Für das vergangene Jahr können somit letztmalig alle gefahrenen Kilometer zur Arbeitsstätte mal 30 Cent genommen und in der Steuererklärung für 2006 abgesetzt werden. Diese Ände-

rung hat nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Auswirkungen auf jeden zweiten Berufspendler.

Nicht betroffen sind diejenigen, die bereits in der Vergangenheit nicht mehr als 13 Kilometer zur Arbeit gefahren sind und gleichzeitig keine weiteren Werbungskosten geltend gemacht haben. Denn für diese Pendler bleibt alles beim Alten: Schon in der Vergangenheit wurden ihre Kilometerpauschalen mit der Werbungskostenpauschale von 920 Euro verrechnet. Wenn sie weiterhin keine Werbungskosten, wie etwa Berufsbekleidung, geltend machen, steht ihnen nach wie vor die Summe von 920 Euro als Abzug zur Verfügung.

Betroffen sind diejenigen Pendler, die mit ihrem Aufwand über dem Pausch-

betrag liegen – und das ist ab dem 14. Entfernungskilometer der Fall. Je länger die Anfahrt und je ungünstiger die eigene Steuerklasse, desto teurer wird es dann: Die Höchstbelastung von 585 Euro tritt bei einem gutverdienenden Single mit mehr als 34 Kilometer Anreise ein. Ein Familienvater mit zwei Kindern und einem Durchschnittseinkommen kommt bei 20 Kilometern Anreise auf 82 Euro steuerliche Mehrbelastung im Jahr.

Weniger Geld für den Monat auf der Entgeltabrechnung, bedeutet im Ergebnis das zwar nicht. Allerdings wird die Steuererstattung nach der Einkommenssteuererklärung dann entsprechend geringer ausfallen.

Foto: PixelQuelle.de

150 Jahre frisch auf den Tisch

Zart marmoriert und frisch auf dem Teller: Die Weißwurst. Eine Karriere von der Verlegenheitslösung zum bajuwarischen Nationalgericht.

Es begann 1857 mit einem Missgeschick. Der Münchner Gastwirt mit dem typischen bajuwarischen Namen Sepp Moser und Wirt von der Gastwirtschaft „Zum ewigen Licht“ hatte anderes im Sinn, als ein Wurst zu machen, die heute für bayerische Lebensart steht wie das Münchner Oktoberfest.

Die Weißwurst vom Moser Sepp war nämlich eine Verlegenheitslösung. Vorgesehen hatte er für diesen Februartag auf der Speisekarte die damals beliebte Kalbsbratwurst. Aber genau die dafür nötigen dünnen Schafsdärme fehlten im Küchenvorrat vom „Ewigen Licht“.

Der Moser Sepp griff in seiner Verzweiflung zu den dickeren Schweinsdärmen als Hülle für das helle Kalbsbrät. Nicht überlebt hätte es im Schweinedarm allerdings das Braten. Der Wirt vom „Ewigen Licht“ brühte deswegen sein Fehlprodukt und kredenzte es seinen Gästen als neues Geschmackserlebnis.

Die Wurstkreation vom Ewigen Licht schlug bei den Münchnern so ein, dass sie von Stund' an zum Münchner und zu Bayern gehörte, wie das Starkbier zur Fastenzeit.

Die Weißwurst, das wissen die Kenner, darf das Zwölf-Uhr-Läuten nicht hören. Sie ist – „preußisch“ ausgedrückt – ein Vormittagsimbiss. Süßer Senf und eine frische Brezel – Brezen genannt – run-



den das Schmankerl ab. Wer da denkt, dass in die bayrische „Nationalwurst“ alles hineingewurstet werden kann, was die Wurstküche hergibt, so kann dieser nur jenseits des „Weißwurstäquators“, also nördlich der Main-Linie, zu Hause sein.

Strenge Regeln gelten, wenn es um die Weißwurst geht. Niedergelegt sind sie in der „Münchner Weißwurst-Konvention“ von 1972. Sie regelt auf das Gramm genau, was zum Innenleben einer echten Weißwurst beitragen darf. Und diese Konvention wird so streng gehandhabt wie das Reinheitsgebot für deutsches Bier.

Bei soviel Reinheit in zarter Hülle wundert es nicht, wenn Fachleute davon ausgehen, dass allein in München pro Tag etwa eine viertel Million Weißwürste auf die Tische kommen.

Tradition regelt auch das „Wie“ des Weißwurstessens. Gestattet ist das „Auszuzeln“, das Ausaugen. Als stilvoll gilt das weitere, das Paar Weißwürste mit Messer und Gabel zu halbieren und in vier Portionen dem hungrigen Magen zu überantworten.

Geht aber jemand daran, die Weißwurst wie ein Schnitzel in einzelne Stücke zu zerschneiden, entpuppt er sich für seine Tischnachbarn sofort als Nicht-Bayer.

Mit Ausweisung aus dem Freistaat wird dieser „Weißwurst-Frevel“ jedoch nicht bestraft. Die weiß-blaue Toleranz gebietet es den Einheimischen, über eine solche Freveltat schweigend hinwegzusehen und ihre Gedanken über solche „Preißen“ und sonstige „Lichter“ nur mit gestandenen Weißwurst-Essern auszutauschen. Foto: PixelQuelle.de

zum Abschluss: monatlich-wirtschaftlich

PFALZMETALL

EU-Bürger: Der Wunsch nach mehr Muße

So viel Prozent der Befragten sagen, dass auf Freizeit mehr Wert gelegt werden sollte als auf Arbeit



Länderauswahl; Befragung von insgesamt 25.065 Personen in den 25 EU-Staaten im September und Oktober 2006; Quelle: EU-Kommission

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 5/2007 Deutscher Instituts-Verlag
 Iwd-Informationsservice des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 5/2007

Deutschen ist Arbeit wichtiger als Freizeit

„Wer rastet, der rostet“ – dieser Volksweisheit kann ein Großteil der Bürger in der Europäischen Union nichts abgewinnen. Bei fast der Hälfte von ihnen steht vielmehr die Freizeit höher im Kurs als die Arbeit. In Estland finden sogar zwei Drittel der Befragten, dass ihnen zu wenige Mußestunden bleiben, und auch die meisten Griechen und Spanier sehnen sich nach mehr Siesta.

Ganz anders die Bundesbürger: Von ihnen ist nur jeder vierte der Meinung, dass die Erholung gegenüber dem Job zu kurz käme. Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass die Menschen hierzulande im Mittel ohnehin jährlich rund fünf arbeitsfreie Tage mehr genießen können als viele ihrer europäischen Nachbarn. Hinzu kommt, dass die Bundesrepublik seit Langem mit hohen Arbeitslosenquoten zu kämpfen hat. Beim Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Jobsuchern belegt Deutschland im Vergleich der Industrieländer sogar eine unrühmliche Spitzenposition. Folglich ist es vielen Deutschen wichtig, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben beziehungsweise zu finden.